Preis 10 Pfennig. Preis 10 Pfennig.

Die Rote Fahne.

Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates.

Nr. 4. Montag, den 11. November 1918. 1. Jahrgang.

Die Bestattung unserer Toten.

Die Bestattung der für die Revolution gefallenen Helden findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, in Ohlsdorf statt, und zwar auf einem Ehrenfriedhof in der Nähe des Haupteinganges.

Die Arbeiterschaft Hamburgs wird außerdem dem Andenken der Gefallenen eine erhebende und gewaltige Feier widmen, für die Ort und Zeit noch bekanntgegeben werden. Abweichende Mitteilungen hiesiger Blätter sind unzutreffend.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

WTB. Berlin, 10. November. (Amtlich.)

Aus den Kapitulationsbedingungen der Entente, die auf eine erbarmungslose und völlige Auslieferung Deutschlands hinauslaufen, wird folgender Auszug mitgeteilt:

1. **Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.**
2. **Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, interniert oder kriegsgefangen.**
3. **Abzugeben: 5000 Kanonen zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.**
4. **Räumung des linken Rheinufers. Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.**
5. **Auf rechtem Rheinufer, 30 bis 40 Kilometer Tiefe, neutrale Zone, Räumung in 11 Tagen.**
6. **Aus linkem Rheinufer-Gebiet nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt lassen.**
7. **5000 Lokomotiven, 150 000 Wagons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.**
8. **Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.**
9. **Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. 8. 1914 zurücknehmen. Termin dafür nicht angegeben.**
10. **Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.**
11. **Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.**
12. **Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Geldes.**
13. **Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.**
14. **Abgabe von 100 Unterseebooten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnaughts, die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.**
15. **Sicherheit der freien Durchfahrt durch Kattegatt, Wegräumung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt behindert werden könnte.**
16. **Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.**
17. **Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schiffahrt werden aufgehoben.**
18. **Waffenstillstand dauert 30 Tage.**

Ueberaus harte Bedingungen, die der deutschen Militärkaste die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich machen sollen und in der Tat auch unmöglich machen. Das deutsche Volk erntet, was seine Militärkaste im Laufe von Jahrzehnten gesündigt hat. Wer sich die Behandlung vor Augen hält, die die deutschen Militärs den unterlegenen Gegnern in den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 angedeihen ließen, wer sich die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest in diesem Kriege vergegenwärtigt, kann sich über das tiefe Mißtrauen der Entente und den Inhalt ihrer Forderungen nicht wundern. Das gilt um so mehr, wenn wahr sein sollte, daß noch vor der letzten deutschen Offensive ein französisches Friedensangebot von den deutschen Militärs schnöde zurückgewiesen wurde.

Allerdings treffen diese Forderungen die Militärkreise nicht allein. Sie treffen das ganze Volk, das sie dem Gegner geknebelt zu Füßen legen. Die Bedingungen sichern den Sieg der Börsen von New York, London und Paris. Es erhebt sich die Frage, ob diese Forderungen nicht die Zukunftsentwicklung des Volkes, seine wirtschaftliche und politische Stellung im Kreise der Nationen endgültig vernichten. Und hierin liegt die Möglichkeit, daß die nationalistischen und chauvinistischen Hetzer diese Forderungen im Sinne ihrer Politik ausnutzen, daß sie versuchen, die nationalen Leidenschaften erneut zu entflammen und die Kriegsfurie erneut zu entfesseln.

Freilich erhebt sich diese Frage nur dort, wo man die unmittelbaren Wirkungen des Krieges nicht aus eigener Anschauung kennt. Für die Truppen an der Front hat die Frage keine Bedeutung. Sie werden sich nicht abhalten lassen, weiter den Krieg abzubauen und den Frieden zu sichern. Das gleiche gilt für die Truppen des Gegners. Waren doch die Kämpfe, die seit August dieses Jahres eingesetzt haben, von einer Blutigkeit, die selbst in der Geschichte dieses Krieges beispiellos genannt werden muß. Schon aus diesem Gesichtspunkte erklärt es sich, wenn die Einstellung der Feindseligkeiten auf deutscher Seite auch ihre Einstellung auf der anderen Seite im Gefolge hatte. Für Deutschland aber ist die Frage im Grunde genommen die: Soll der Krieg fortgesetzt werden? Sollen weitere hunderttausende, vielleicht Millionen kostbarer Menschenleben geopfert werden? Soll deutsches Land im Osten und Westen verwüstet werden mit der sicheren Aussicht, den Krieg in noch höherem Maße zu verlieren, als es heute bereits der Fall ist? Denn zu gewinnen ist der Krieg um so weniger, als während des Winters mit der Aufrichtung einer neuen Ostfront gerechnet werden muß. Militärische Kreise halten dies zwar für unmöglich, aber wir haben in diesem Kriege so manche „sichere" und „verbürgte" militärische Meinungen in die Brüche gehen sehen, daß solche papierne Versicherungen weder beruhigen noch imponieren können. Es gibt eben in diesem Kriege keine „Unmöglichkeiten". Wie hat man über die Leistungen der Amerikaner gehöhnt, die zu spät kämen, um Deutschland den Sieg zu entreißen! und heute! Mag sein, daß die Jahreszeit weit genug fortgeschritten ist, um einen Angriff auf die Südgrenze Bayerns von den Hochalpen her während der Wintermonate unmöglich zu machen. Aber ein Angriff an der Ostfront, und wäre er selbst auf dem Umwege über Prag, liegt sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit. Böhmen ist ein natürliches Aufmarschgelände für einen Angriff auf Schlesien und vor allen Dingen auf Süddeutschland. Die Saloniki-, die Isonzoarmee können, da die österreichischen Eisenbahnen der Entente bedingungslos ausgeliefert sind, nach hier übergeführt werden. Ein Zusammenwirken der französischen Politik und der tschechischen Bewegung im Zeitalter der Reformation begann den dreißigjährigen Krieg, der die staatliche, die politische Existenz des deutschen Volkes vernichtete, der Deutschland in eine große Zahl kleinerer und kleinster Staatswesen zertrümmerte.

Auf dieser Zertrümmerung Deutschlands beruhte in den folgenden Jahrhunderten der Aufstieg der westeuropäischen Nationen wie auch Rußlands. Nachdem Deutschland um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aufs neue politisch zusammengefaßt wurde und staatliche Selbständigkeit gewonnen hatte, kam es zu jener Vereinigung des Ostens und Westens, die in dem russisch-französischen Bündnis den Gipfelpunkt erreichte. Eine neue Zertrümmerung Deutschlands mag im Sinne der englischen und französischen Politik gewesen sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben an einem zertrümmerten Deutschland kein Interesse. Sie erstreben wohl ein gefestigtes Frankreich und ein kapitalistisch geeinigtes Rußland im alten Umfange. Sie erstreben die Wiederaufrichtung eines Zustandes, der Europa in zwei große Lager spaltet, zwischen denen die angelsächsische Welt das Zünglein an der Wage bildet, aber ein zertrümmertes Deutschland stände im Widerspruch zu ihren europäischen Interessen!

Die kundgemachten Bedingungen kündigen denn auch nichts an, was die politische Geschlossenheit Deutschlands, seine Existenz als Staat und Nation in Frage stellt, mag auch Elsaß-Lothringen ein selbständiges neutrales Gebiet werden oder an Frankreich fallen, mögen im Osten Teile des heutigen Deutschlands an Polen abgetreten werden.
lands an Polen abgetreten werden.
Der Traum der 48er Demokratie, das große Ideal der Linken im Frankfurter Parlament, war unter Verselbständigung der slawischen Nationen Oesterreichs die Zusammenfassung des ganzen Deutschlands auf republikanischer Grundlage unter Angliederung Deutsch-Oesterreichs. Dieses Ziel wird heute verwirklicht.

Wie schwer der Friede auch sein mag, eine große Zukunft ist der deutschen Republik, ist der sozialen Revolution der deutschen Arbeiterklasse gewiß.

Sie zu verwirklichen ist nicht allein Sache der inneren Organisation, der Durchführung der sozialen Revolution, der Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse zur Ablösung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, eine Diktatur, zu der der erste vorbereitende und grundlegende Schritt geschehen ist. Sie ist nicht minder Sache der äußeren Politik, die die neue Volksregierung in Angriff zu nehmen, zu der sie die Wege zu ebnen hat.

Ist es nicht eine in der ganzen Situation liegende Forderung, daß die sozialistische deutsche Republik und die Räte-Regierung Groß-Rußlands sich aufs engste aneinanderschließen?

Die Herrschaft der Arbeiterklasse in Polen, der Ukraine, der Don-Republiken ist durch die deutsche Okkupation verhindert worden. Verschwindet die letztere, so verwandeln sich die bürgerlichen Republiken notwendig in kurzer Zeit in sozialistische. In dem gleichen Maße, wie dieses geschieht, sind sie auf den Anschluß und den Zusammenschluß mit Deutschland und der Räte-Regierung angewiesen. Damit entsteht ein großer Komplex sozialistischer Republiken, ein Komplex, der in sich gefestigt und geeinigt dasteht, Und die Auswirkung dieser Tatsachen wird um so größer und schneller sein, als die Entente mit großen und scharfen Gegensätzen durchzogen ist, die zwar während des Krieges zunächst noch zurücktreten, aber nach dessen Ende sich scharf bemerkbar machen werden. Es handelt sich um Gegensätze zwischen Amerika und Japan, zwischen Amerika und England, zwischen England und Frankreich, um nur das Wichtigste kurz anzudeuten, Gegensätze, die einer klugen, sozialistischen Friedenspolitik zahlreiche Möglichkeiten bieten, rasch zu einer, wenn nicht ausschlaggebenden, so doch achtunggebietenden Stellung in dem großen Völkerbunde der Zukunft gelangen.

Der Friede wird schwer sein, der als Folge der bisherigen Politik der herrschenden Klassen dem deutschen Volke auferlegt werden wird. Die Erbschaft, die wir antreten, ohne dafür die Verantwortung zu haben, ist eine äußerst üble. Aber wenn man auch die weitergehenden Gesichtspunkte ausscheidet, wenn man nicht mit einer sozialistischen Umwälzung in den Ententeländern rechnet und sie für die Zukunftspolitik ganz außer Ansatz läßt, wenn man annimmt, daß in den Ententeländern und der ganzen übrigen Welt das kapitalistische Regiment völlig unangetastet bleibt, selbst in diesem gar nicht wahrscheinlichen Falle hat das deutsche Volk, hat seine sozialistische Regierung nicht den mindesten Grund, verzagt und kleinmütig in die Zukunft zu blicken. Klug und energisch genützt, bietet die Weltlage nach dem Kriege und selbst jetzt bereits die Möglichkeit eines raschen Aufbaues und Ausbaues. Völker gehen nicht unter! Wie der einzelne, sind auch sie ihres Glückes Schmied! Und wer will, daß ihm die Zukunft gehört, muß den Mut haben, auch der Zukunft zu dienen, und wären die Bedingungen, unter denen dieser Dienst beginnt, auch noch so schwer.

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Amtlich. WTB. Berlin, 11. November. Gestern morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen wurden den Friedensdelegierten gegeben.

Nachts ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt:

Herr Staatssekretär!

Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale, wandte sich die deutsche Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte, den Frieden wieder herzustellen.

Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen der Präsident Wilson sich stets bekannte und sollte die gerechte Lösung aller strittigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zwecke haben. Der Präsident erklärte ferner, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führen und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle.

Die deutsche Regierung erhielt die Bedingungen für den Waffenstillstand. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten.

Wir mußten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung dieser Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bilden und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt.

Das deutsche Volk wendet sich daher an den Präsidenten in letzter Stunde nochmals mit der Bitte, auf Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.
Solf.

Die Note läßt deutlich die verzweifelte Lage erkennen, in der sich nicht nur die deutsche Kriegführung, sondern vor allem das gesamte Ernährungswesen befindet. Wie ungünstig der Ausfall der Ernte ist, geht eigentlich erst aus dieser Note hervor. Es wird alles getan und nichts versäumt werden dürfen, um die Bestände zu erfassen und richtig zu verteilen. Der Arbeiterrat von Hamburg hat in seiner heutigen konstituierenden Sitzung sofort eine Kommission gebildet, die alles, was möglich ist, tun und kein Mittel unerschöpft lassen soll, um die regelmäßige Zufuhr der Lebensmittel für die Hamburger Bevölkerung zu sichern. Es ist Pflicht aller, die Maßnahmen und Anordnungen dieser Kommission nach Kräften zu unterstützen.

*

Einstellung der Feindseligkeiten.

Marschall Foch an die Oberbefehlshaber:

Die Feindseligkeiten werden am 11. November von 11 Uhr ab, nach französischer Zeit, aufhören. Die verbündeten Truppen werden nicht eher vorgehen, als bis ein weiterer Befehl die Linie an diesem Tage und zu dieser Stunde erreicht.

Marschall Foch.

Die revolutionäre Bewegung

Das Programm der Volksregierung.

Bei den Verhandlungen über den Eintritt von Sozialdemokraten aller Richtungen in die Regierung haben sich vornherein deutlich die prinzipiellen Gegensätze zwischen den Parteien gezeigt, die symptomatisch für das Wesen der Revolution sind.

Die Sozialdemokratische Partei hat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeboten, mit ihr eine gemeinsame Regierung unter beiderseitiger voller Gleichberechtigung zu bilden. Sie hat sich dabei von dem Bestreben leiten lassen, in diesen ernsten Tagen über jeden Gegensatz hinwegzusehen, damit die große deutsche Freiheitsbewegung rasch und glücklich unter Vermeidung aller Gewalttätigkeit und Ausschreitungen zum Ziele geführt werden kann. Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die ihrerseits Haase, Liebknecht und Barth als Mitglieder der gemeinsamen Regierung vorschlägt, sind eine Reihe von Bedingungen festgestellt worden, die aus dem nachfolgenden Antwortschreiben der Sozialdemokratischen Partei zu entnehmen sind.

Berlin, den 9. November, abends 8 Uhr.

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.
   Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik. Indessen hat darüber das Volk und die konstituierendme Versammlung zu entscheiden.
2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und die jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.
   Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.
3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.
   Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.
4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.
   Antwort: Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung für erforderlich.
5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.
   Antwort: Dieser Forderung stimmen wir zu.
6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.
   Antwort: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder. Indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Es ist von der Einsicht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu erhoffen, daß sie mit der Sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Darauf antwortete die Partei der unabhängigen Sozialdemokratie folgendes:

An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes:

Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist bereit, die revolutionär-sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter den folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht. Sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts.

Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei eins.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die Vollzugsgewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst auf einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb weiteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei hat die in diesem Schreiben vorgeschlagenen Bedingungen angenommen, worauf die unabhängige sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett erklärt. Die sozialdemokratische Partei hat die Abgg. Ebert, Landsberg und Scheidemann als Minister in Aussicht genommen. Das Kabinett wird also aus Barth, Dittmann, Ebert, Haase, Landsberg und Scheidemann bestehen.

*

Berlin. Das Berliner Polizeipräsidium wird von dem unabhängigen Sozialdemokraten Eichhorn geleitet. Auch der gesamte Sicherheitsdienst von Groß-Berlin ist ihm unterstellt. Als Polizeidirektor funktioniert der Abgeordnete Hirsch von der sozialdemokratische Mehrheitspartei.

Zum ersten Kommandanten von Berlin wird der Abgeordnete Wels ernannt. Oberst Schwerk bleibt zweiter Kommandant. Das Mitglied des Soldatenrates, Dr. Bresin, wird der Kommandantur und der Abgeordnete Schöpplin dem Oberkommando in den Marken zugeteilt, dem Kriegsminister Scheüch Unterstaatssekretär Göhre.

Der preußische Kultusminister hat am 8. November einen Erlaß an die Rektoren der Universitäten und Technischen Hochschulen gerichtet, worin die für die Studierenden noch bestehenden Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes aufgehoben werden.

Das sozialpolitische Programm des Reichsarbeitsamts.

Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt entwickelte am letzten Freitag vor Vertretern der Gewerkschaften und anderer Interessentenverbände ein Programm sozialpolitischer Aufgaben, die von dem Amt in allernächster Zukunft erledigt werden sollen. Die eigentlichen Fragen der Uebergangswirtschaft werden vom Reichswirtschaftsamt erledigt, die dabei in Betracht kommenden Arbeiterfragen bearbeitet jedoch das Reichsarbeitsamt. Dazu gehören die Regelung des Arbeitsnachweises, der Zentralauskunftsstellen, der Berufsberatung und der Lehrstellenvermittlung. Die Erwerbslosenfürsorge soll schon in den nächsten Tagen durch Bundesratsverordnung geregelt werden. Die Gemeinden sollen zu ausreichender Fürsorge verpflichtet werden. Die Regelung soll einem Kommissar mit diktatorischen Vollmachten überlegen werden, dem Bezirkskommissare unterstellt sind. In der Krankenversicherung soll die Verdienstshöchstgrenze schleunigst hinaufgesetzt, die Versicherung der Hausgewerbetreibenden geregelt und die Familienhilfe ausgebaut werden. In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung soll die Fürsorge erweitert werden, was freilich eine Erhöhung des Beitrags bedingt. In der Unfallversicherung sind Zulagen und Erweiterung beabsichtigt. Ein ganz neuer Entwurf eines Arbeitskammergesetzes wird beschleunigt ausgearbeitet. Angestelltenkammern sind dabei vorgesehen. Durch Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914 soll ein wirksamer Arbeiterschutz wieder herbeigeführt werden. Weitere Pläne betreffen die Wahrnehmung der besonderen Interessen der Heimarbeiterinnen, der kaufmännischen, technischen, Bühnen- und Bureauangestellten. Das Koalitionsrecht soll neugeregelt und dabei die scheußliche Ausnahme gegen die Landarbeiter beseitigt werden. Schaffung und Ausgestaltung einheitlicher Tarifverträge sind in Aussicht genommen. Der Frage der Behebung der Wohnungsnot soll sich ein dem Amt unterstellter Reichskommissar annehmen.

Kommenden Donnerstag will der Staatssekretär diese Pläne den Vorständen der Gewerkschaften und das Programm zur Begutachtung vorlegen. Ein Beirat aus den interessierten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen soll bei der Durcharbeitung der Pläne mitwirken. Nach der neuen Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß das Programm bald Gesetzeskraft erlangt und in erheblichem Maß zur wirtschaftlichen Kräftigung der Arbeiterschaft beiträgt.

Staatssekretär Bauer scheint wohl die Gewerkschaften, nicht aber die Arbeiterräte zu kennen.

Reaktionäre Putsche in Berlin.

Die vielleicht im ersten Augenblick überraschten reaktionären Elemente haben sich doch noch zu einigem, wenn auch vergeblichem Widerstand aufgerafft. Infolgedessen kam es in der Sonntagnacht unter den Linden zu Schießereien. Am Zeughaus, in der Bibliothek, im Café Bauer und im Café Viktoria, ebenso am Alten Museum hielten sich Offiziere, Kadetten und Mannschaften der Jugendwehr verschanzt. Sie eröffneten gegen 9 Uhr das Feuer. Die Rote Garde erwiderte das Feuer aus den Querstraßen sowie vom Opernhaus und vom Schloß aus. Die Schießerei dauerte 40 Minuten. Auch in den Stallgebäuden des Marstalles sollen noch Offiziere sein, die durch einen unterirdischen Gang in das Schloß eindrangen und einige Räume besetzten. Die Friedrichstraße ist zum Teil abgesperrt. Am Bahnhof Friedrichstraße und von der Kuppel des Zentralhotels wurde mit Maschinengewehren auf die Patrouillen des Arbeiter- und Soldatenrates gefeuert. Die Siegessäule soll noch in den Händen der Reaktionäre sein. Im „Zentralhotel" hat man fünf Offiziere verhaftet. Die Häuser sind meist mit unterirdischen Gängen untereinander verbunden, die Verteidiger tauchen bald auf diesem, bald auf jenem Dach auf und feuern. Am „Zentralhotel" wurden fünf Soldaten schwer verletzt. Nachdem alle Häuser von Panzerautos umzingelt waren, trat gegen 11 Uhr Ruhe ein. Die Soldaten erhielten Anweisung, nicht mehr zu schießen, sondern die unterirdischen Gänge systematisch zu untersuchen, um die Verteidiger auf diese Weise zu fangen.

Weiter wird am 10. November 1918 gemeldet: Die Kämpfe im Zentrum der Stadt begannen nachmittags 4 Uhr aufs neue. Beim Café Bauer kam es wieder zu heftigem Feuerkampf, als eine Handgranate aus dem Café Bauer in ein Auto der A.- und S.-Räte geworfen wurde und drei Mann zerriß. Sofort gingen aus Tausenden von Gewehren die Schüsse gegen das Café Bauer los. In der Bibliothek sollen sich angeblich höhere Kommandanturoffiziere befinden. Aus dem Marstall sind 16 Offiziere und 60 Jungmannen herausgeholt und nach Spandau gebracht worden. Man sah die Mannschaften des Arbeiter- und Soldatenrates auch mit Feuerwerfern ausgerüstet. Ein Anschlag ordnet an, daß die Bevölkerung des Abends nicht mehr auf den Straßen sich aufhalten darf.

Jetzt sieht man die Früchte der Jungmannenkultur.

Nach den letzten Meldungen ist die Ruhe hergestellt. Es soll sich meistens um groben Unfug gehandelt haben.

Glückwünsche.

Die revolutionäre ungarische Regierung sendet brüderliche Grüße dem deutschen Volke, das sich seine Ketten zerbricht und wünscht, daß die große soziale und politische Umwälzung dazu beitrage, den heiß erlebten Frieden ihren Völkern zu sichern und brüderliche Beziehungen zu dem deutschen Volke herzustellen. Die revolutionäre Demokratie Ungarn ersucht das revolutionäre Deutschland, die in Ungarn mit der Waffe kämpfenden Truppen anzuweisen, die Waffen niederzulegen, und die revolutionäre Demokratie Ungarns in den durch Kohlenmangel entstandenen Nöten zu unterstützen.

Der Präsident der Volksregierung.
Michael Karolyi.

Ein Soldatenrat an der Front.

WTB. Hamburg, 10. November.

Soeben teilt das Große Hauptquartier dem Soldatenrat folgendes mit:

An der Front ist ebenfalls ein Soldatenrat gebildet worden. Die Bildung ist ruhig verlaufen. Der Soldatenrat wird morgen mit Hindenburg in Verbindung treten und ihm seine Forderungen vorlegen.

Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 11. November. Die deutsche Freiheitsbewegung ist in den westlichen Teilen des Reiches in weiterem Fortschreiten. In Altenburg, Hildesheim und allen größeren Städten Schleswigs, in Halberstadt, Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund, Mainz, Gelsenkirchen, Bielefeld, Anrich und in vielen andern Orten haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Daraus ist ersichtlich, daß nunmehr auch die westlichen Industrie-Gebiete in die Bewegung hineingezogen sind. Auch im Osten entwickeln sich die Dinge. Aus der Provinz Brandenburg melden unter anderm Trebbin, Perleberg, Jüterbog; aus Schlesien neuerdings Glogau, Gleiwitz, Beuthen und Oppeln die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Auch das oberschlesische Kohlenrevier hat sich also angeschlossen.

*

Arbeiter- und Soldatenräte haben sich in allen westlichen Teilen des Reiches gebildet. Die Bewegung ist im Fortschreiten. Stündlich treffen neue Meldungen ein. Aus dem Osten liegen Meldungen vorerst aus den Regierungsbezirken Posen und Bromberg vor. Die Bewegung verläuft in ruhigen Bahnen. Den Eisenbahnbetrieb zu schützen und für die Ernährung sicherzustellen, ist der Arbeiter- und Soldatenrat überall bestrebt; es gelingt ihm auch vollständig. In einigen Städten wie in Bielefeld und Köln wurden die Militärgefangenen befreit.

Ueber die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten liegen aus einer Reihe weiterer Städte des Reiches Meldungen vor. Im allgemeinen hat sich die Umwälzung ohne Störung der Ordnung und ohne Blutvergießen vollzogen. Die Arbeiter- und Soldatenräte fordern in Aufrufen an die Soldaten und die Zivilbevölkerung eindringlich zur Wahrung von Disziplin und Ordnung auf, und infolgedessen zeigt das geschäftliche und sonstige Leben kaum einen veränderten Charakter. In Köln setzte sich der gestern gebildete A.-S.-Rat mit der Stadtverwaltung ins Einvernehmen, so daß auch die öffentlichen Funktionen der Stadt sich ungehindert vollziehen. Der in Frankfurt a. M. gegründete A.-S.-Rat weist die Brüder im Waffenrock darauf hin, daß sie in erster Linie berufen seien, das große Werk der Erneuerung Deutschlands vor tückischen Anschlägen der Rückwärtser zu schützen, aber auch dazu bestimmt seien, Willkür, Unordnung und Plünderung zu wehren. In Halle wurde der A. S. Rat von den bisherigen militärischen Behörden anerkannt. Der Oberbürgermeister trat heute vormittag die Leitung der Geschäfte an den A.-S.-Rat ab. In einer Massenversammlung heute vormittag sprachen die Reichstagsabgeordneten Thiele, Albrecht und Kunert. Im Anschluß daran fand ein Demonstrationsumzug durch die Stadt statt. Für Sonntag vormittag ist wieder eine große Versammlung geplant. Die ohne Störung vollzogene Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten wird auch aus Osnabrück, Magdeburg, Düsseldorf, Darmstadt gemeldet. In Dresden ist mit dem gestrigen Abend die Leitung der Geschäfte der Garnison in die Hände des provisorischen A. S. Rates übergegangen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden arbeiten in ihrer bisherigen Zusammensetzung weiter unter der Leitung des provisorischen Soldaten- und Arbeiterrates. Ein hier aus unabhängigen und gemäßigten Sozialdemokraten gebildeter gemeinsamer Arbeiter- und Soldatenrat faßte folgende Beschlüsse: Die Monarchie hat in Sachsen aufgehört; die Erste Kammer besteht nicht mehr, die Zweite ist sofort aufzulösen und eine Nationalversammlung einzuberufen, für die auch die Frauen das Stimmrecht erhalten. Hier herrscht völlige Ordnung. Seit Freitag abend hat der Rat der Arbeiter und Soldaten auch in Chemnitz die militärische und politische Macht in die Hand genommen. Die Umwälzung ging ruhig und ohne Zwischenfälle vor sich. Der Soldaten- und Arbeiterrat erließ eine Proklamation, in welcher als Ziel der Bewegung die Errichtung der sozialistischen deutschen Republik bezeichnet wird.

WTB. Leipzig, 10. November. Wie das „Leipziger Tageblatt" meldet, beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig, zur Sicherstellung der Bekleidung für die Zivilbevölkerung, daß die sogenannten Militärwerkstätten Leipzigs und Gohlis, in denen rund 2000 Schneider beschäftigt sind, sofort die Herstellung von Kleidern für die Zivilbevölkerung in Angriff nehmen. In den Werken sind noch riesige Vorräte aller Art aufgestapelt.

WTB. Breslau, 9. November. Die Deputation des Volksausschusses und die Arbeiter- und Soldatenräte erschienen nach 11 Uhr abends auf der Kommandantur und gaben die Erklärung ab, daß die Räte und der Volksausschuß für Ruhe und Ordnung in der Stadt Sorge tragen werden. Graf Pfeil erklärte sich damit einverstanden, daß an der Führung der Kommandanturgeschäfte Vertreter der Soldatenräte teilnehmen. Der Chef des Stabes beim Generalkommando teilte den Vertretern der Arbeiter mit, daß das Generalkommando der Umwälzung der Verhältnisse keine Schwierigkeiten machen will.

WTB. Köln, 12. November. Der Gouverneur der Festung Köln teilte dem Arbeiter- und Soldatenrate mit, daß nach Abdankung des Kaisers eine veränderte Lage geschaffen sei. Er erkennt den Arbeiter- und Soldatenrat an und stellt seine Mitarbeit zur Verfügung. Der Tag verlief durchweg ruhig.

WTB. Erfurt, 9. November. In einer gemeinschaftlichen Versammlung der Sozialdemokratie und der unabhängigen Sozialdemokratie wurde heute in früher Morgenstunde der Arbeiterrat gebildet. Vormittags 10 Uhr fand in den drei Kasernen die Bildung des Soldatenrates statt. Darauf hielten die Sozialdemokraten auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz eine große Massenkundgebung ab, an der sich viele Tausende von Zivilpersonen und Mitglieder des Soldatenrates beteiligten. Die Kundgebung verlief in vollkommener Ordnung, ebenso ein Umzug durch die Stadt. Heute Nachmittag 4 Uhr trat der Arbeiter-Rat mit dem Magistratskollegium zusammen, um das Verhältnis mit den beiden Körperschaften zu regeln.

Die Besatzung der Festung und Garnison Metz hat am 9. November einen Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, dem sich die Mitglieder der Gewerkschaften und der Bürgerschaft angeschlossen haben. Die Umwälzung vollzog sich rasch und ohne Unruhen. Kein einziger Schuß fiel. Der Gouverneur von Metz, Lequis, und der Polizeipräsident erklärten sich bereit, sich den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu fügen.

WTB. Görlitz, 10. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist hier gebildet worden und tagt seit heute vormittag dauernd im Rathause. Militär- und Zivilverwaltung haben sich der neuen Bewegung angeschlossen. Für mittags 1 Uhr ist eine große Kundgebung auf dem Obermarkt geplant. Laut Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde im Laufe des Tages die Entwaffnung der hier befindlichen griechischen Truppen vorgenommen, die ohne Zwischenfall vor sich ging. Ueber ihr ferneres Verbleiben werden zurzeit mit der Reichsleitung Verhandlungen gepflogen.

WTB. Königsberg, 10. November. In der verflossenen Nacht ging hier die Vollzugsgewalt in die Hände des provisorischen Soldatenrates über. Das stellvertretende Generalkommando, das Gouvernement und die übrigen militärischen Kommandostellen wurden besetzt, ebenso das Polizeipräsidium, der Bahnhof und das Haupttelegraphenamt. Der stellvertretende kommandierende General und der Gouverneur sind zurückgetreten, desgleichen Oberbürgermeister Koerte. Die bürgerliche Verwaltung und die Polizeibehörde setzte ihre Tätigkeit fort.

WTB. Danzig, 10. November. Die öffentliche Macht ist hier vom Arbeiter- und Soldatenrat übernommen worden. Die Garnison stellte sich ihm zur Verfügung. Die Behörden arbeiten zum großen Teil bereits unter seiner Leitung. In einer von 15 000 Personen besuchten Versammlung wurde der sofortigen Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung und der Erreichung der Deutschen Volksrepublik zugestimmt. Am Montag ist ein eintägiger Demonstrationsstreik beschlossen. Ausschreitungen kamen nicht vor.

WTB. Berlin, 11. November. Soldatenräte sind gebildet worden in Jaroschin, Schmiedeberg, Görlitz, Glogau, Liegnitz, Sprottau, Bentschen, Kosten, Posen und Parchim. Ueberall wurde mit den Garnisonkommandos verhandelt. Es herrscht Ordnung.

Die gesamte Garnison von Ostrowo hat sich heute nachmittag 3 Uhr der Revolutionsbewegung angeschlossen und einen Soldatenrat gegründet. Die Umwandlung ist vollständig unblutig und geordnet verlaufen.

*

Neumünster. Von einer Abordnung des Soldatenratswurde Freitag mittag die rote Fahne auf dem Rathaus gehißt. Um 12 Uhr mittags versammelten sich auf dem Großflecken annähernd 5000 Personen sämtlicher Betriebe der Stadt, um eine Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrats entgegenzunehmen. Darin wird die Ruhe, Ordnung und persönliche Sicherheit gewährleistet. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden, um das wirtschaftliche Leben aufrechtzuerhalten.

Sonderburg. Ein Soldatenrat hat sich Donnerstag nachmittag im Anschluß an eine auf dem hinteren Exerzierplatz der Marinestation abgehaltene Versammlung der Marinebesatzung gebildet, an der auch Angehörige des Ersatzbataillons teilnehmen. Wie Bürgermeister Dr. Petersen in einer Eilsitzung der städtischen Kollegien mitteilte, hat der Soldatenrat die öffentliche Gewalt in der Stadt übernommen und sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung verbürgt. Die Zivilbehörden sind in ihrer Tätigkeit nicht gehindert.

Lübeck. In einer überfüllten Versammlung der Gewerkschaften und sämtlicher Betriebe Lübecks wurde die Bildung eines Arbeiter-Rates vollzogen, der aus den Vertrauensmännern der Betriebe und dem Kartellvorstand besteht. Gewählt wurden: Rockfien, Wilh. Beck, Bromme, Heinrich Ehlers, Haut, Holtei, Lorenz, Ketelhohn, Maaß, Mißbach, Roß, Stelling und Thies.

Besprechungen mit Hindenburg und Gröner.

WTB. Köln, 11. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Generalfeldmarschall von Hindenburg und Generalquartiermeister Gröner ließen den Kölner Arbeiter- und Soldatenrat wissen, eine Vertretung zur wichtigen Beratung sofort ins Große Hauptquartier zu senden. Es reisten am Montag früh aus dem Arbeiter- und Soldatenrat ab: Fuckfuss, Schulte und Sollmann.

Wie der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat zuverlässig erfährt, stellte Hindenburg in einem Telegramm an die neue Regierung sich mit der Armee zu ihrer Verfügung, um ein Chaos zu vermeiden.

Aus der Volksrepublik Bayern.

Im Namen des Bayrischen Volksstaates erläßt der Präsident der gegenwärtigen bayrischen Regierung, Kurt Eißner, eine Bekanntmachung, in der erklärt wird, daß die Vollzugsgewalt durch Beschlüsse der provisorischen Versammlung der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte in die Hände des Ministeriums übergegangen ist. Keinerlei Verfügungen haben mehr Rechtskraft, die nicht vom Ministerium ausgehen. Alle Beschränkungen der letzten Tage hinsichtlich der bürgerlichen Freiheiten sind aufgehoben worden.

WTB. München, 11. November. Der Kriegsminister ist zu dem Könige nach Schloß Wildenwacht gefahren, um für die Offiziere und Mannschaften die Entbindung von dem Fahneneid zu erreichen. Der Gesandte Graf Lerchenfeld ist entlassen. Die Beamten arbeiten auf Ersuchen des Arbeiter- und Soldatenrates weiter. Die Ernährungsverhältnisse sind nicht gestört. Es herrscht Ruhe.

Oldenburg.

(A.- u. S.-R. Funkspruch aus Wilhelmshaven.)

Aufruf! Die 31er Kommission als ausführendes Organ des A.- u. S.-R. der Nordseestation und aller ihm unterstellten Landesteile und Inseln Preußens sowie ganz Oldenburgs und der g nten Flotte hat in einer gestern nacht stattgehabten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt. Die oben angeführten Landesteile und Marine-Formationen erklären ihren Bezirk zu einer sozialen Republik. Dieser Zustand ist ein vorläufiger Weg, bis der zurzeit die ganze Welt beherrschende Gedanke die Grundlage einer festen einheitlichen Staatsform geschaffen hat. Sämtliche Verwaltungsstellen bleiben bestehen wie bisher. Alle Beamten haben ihre Posten zu behalten. Als Präsident dieser sozialen republikanischen Einheit ist der Genosse Kuhndt einstimmig gewählt worden. An die Bevölkerung ergeht der Aufruf, mit dazu beizutragen, daß Ordnung und Ruhe weiter herrscht und keine Störung im Verkehrs- und Verwaltungswege eintritt. Hoch lebe die soziale Republik, der Friede, Freiheit, Recht und Gerechtigkeit! Der Einundzwanzigerrat.

Hessen.

In Darmstadt ist Hessen als deutsche Republik ausgerufen worden.

Württemberg Volksrepublik!

Stuttgart, 9. November. Heute abend hat sich im Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie hat die Republik erklärt. Die Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General von Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die provisorische Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz: Blos und Crispien. Auswärtiges: Blos. Inneres: Crispien. Arbeitsministerium: Lindemann. Finanzen: Talheimer. Kult: Heymann. Justiz: Mattutat. Krieg: Schreiner.

Noch ein Exkönig.

Der König von Sachsen ist abgesetzt worden. Neuwahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sollen alsbald stattfinden, um eine neue Verfassung festzulegen.

Noch einer.

Fürst Heinrich XXVII. von Reuß j. L. hat für sich und sein Haus den Verzicht auf den Thron ausgesprochen.

Und immer noch einer.

Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Weimar gemeldet: Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar verzichtete für sich und seine Nachkommen auf den Thron.

Ausland.

Wirkungen der deutschen Revolution.

Die Wirkungen der deutschen Revolution zeigen sich auch nach dem Westen immer deutlicher. Das gilt auch für Holland. Wir erhalten folgende Privattelegramme:

Amsterdam, 10. November: Heute abend fand eine Konferenz zwischen der revolutionären Sozialdemokratischen Partei und den Führern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei über die politische Lage statt.

Amsterdam, 11. November: Eine Republikanische Partei gegründet worden.

Sammlung der Kräfte! Glück auf!

Generalstreik in der Schweiz.

WTB. Bern, 10. November. Der 24stündige Proteststreik der schweizerischen Sozialdemokraten gegen die Truppenaufgebote, die der Bundesrat auf Ersuchen der Züricher Regierung wegen der befürchteten Unruhen in der Stadt Zürich veranlaßte, verlief ruhig. In 19 Städten der Schweiz war ein Generalstreik. Der Zwischenfall ereignete sich einzig in Zürich zwischen einer erregten Menge und Truppen, die blinde Schreckschüsse abgaben und den Versammlungsplatz räumten. In Bern sprachen die Nationalräte Grimm und Dusby zum Volk, forderten zur Ruhe und Würde auf und verlangten die sofortige Neuwahl eines Nationalrates, Neubestellung der Landesregierung und protestierten gegen den Abbruch der Beziehungen der Schweizer Regierung mit der russischen Sowjet-Regierung durch die Ausweisung Balabanoffs. Sie wiesen die anarchistischen Umtriebe zurück und verlangten sofortige weitgehende Konzessionen an die Forderungen der Arbeiterschaft, so den Achtstundentag und die staatliche Verpflichtung aller nützlichen Berufe. Sie verlangten ferner die Heranziehung der großen Vermögen für den Dienst der Allgemeinheit und einen Proteststreik zur Vermobilmachung der Arbeiterschaft. Wenn den Forderungen nicht entsprochen würde, werde der politische Generalstreik Tatsache.

Neues Kabinett in Spanien. Romanones bildete ein Kabinett mit Unterstützung Fristos und des Herzogs von Alba. Die Ministerliste wird heute dem König vorgelegt.

Rumänisches Kabinett. Das Kabinett Marghiloman ist zurückgetreten. General Grando ist mit der Kabinettsbildung betraut worden.

Delegiertenversammlung,

die am Sonnabendmittag abgebrochen werden mußte, nahm Sonntag mittag 1 Uhr im Musiksaal ihren Fortgang.

Genosse Dittmann gab zunächst einen kurzen Situationsbericht über die Vorgänge in Berlin, wo die Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten zusammengehen.

Ueber die Art der Vorschläge zur Wahl der Delegierten zum Arbeiterrat verständigte man sich dahin, die Metallarbeiter sollten 5 Vorschläge, die Holzarbeiter, Lebensmittelbranche, Steinarbeiter usw. Verkehrswesen, Textilbranche, Staatsarbeiter und das graphische Gewerbe sollten je 3 Vorschläge machen, den Kriegsküchenangestellten, Handelsangestellten und Bureauangestellten billigte man je einen Vorschlag zu. Von den dann gemachten 29 Vorschlägen sollen 18 gewählt werden. Während die Wahlkommission ihre Arbeiten erledigte, wurde in der Tagesordnung fortgefahren.

Kalweit empfahl, am Montag morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Selbstverständlich sei die Einführung des Achtstundentages, Wie, das sei Sache des Arbeiter- und Soldatenrates, gleichfalls die Regelung der Lohnfragen, der Organisationsfragen usw. Düwell sprach in ähnlichem Sinne und verlas dann eine Ansprache Lenins. Dr. Lauffenberg, mit Beifall empfangen, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das deutsche Volk sein Schicksal in die eigene Hand genommen. Doch stehen wir erst am Anfang; es ist die Grundsteinlegung des Hauses, in dem wir wohnen und das wir wohnlich einrichten wollen. Das Haus muß aber allen Stürmen trotzen können, und dazu ist notwendig, daß die deutsche Arbeiterschaft einig und geschlossen steht im Kampfe. Einigkeit im Handeln, Entschiedenheit und Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde! Nicht nur die Einigkeit im Reiche, die Verbrüderung der ganzen Menschheit müssen wir erstreben. Die Soziale Revolution der arbeitenden Klassen lebe hoch! (Stürmischer Beifall.)

Nach längerer Diskussion, an der sich die Genossen Kalweit, Wagner, Fröhlich und Düwell beteiligten, wurde die Wahl der Delegierten zum Arbeiterrat vorgenommen, die folgendes Ergebnis hatten:

Gewählt sind mit folgender Stimmenzahl:

1. Sickert	301 Stimmen	10. Führing	196 Stimmen
2. Schnoor	281 „	11. Weidler	194 „
3. Schneider	271 „	12. von Riesen	493 „
4. Hübner	249 „	13. Dr. Eulert	180 „
5. Wodrich	244 „	14. Stuhr	175 „
6. Hüttich	216 „	15. Ehlers, Steindrucker	172 „
7. Pries	212 „	16. Konsalik	162 „
8. Ehlers, Staatsarbeiter	208 „	17. Michel	160 „
9. Odensaß	200 „	18. Senhy	159 „

Ferner haben Stimmen erhalten:

19. Engel	156 Stimmen	25. Vollquardt	124 Stimmen
20. Ochs	151 „	26. Evers	123 „
21. Caesmann	150 „	27. Kleitzenberg	123 „
22. Klütz	147 „	28. Pieczyk	118 „
23. Böhme	138 „	29. Frau Greve	90 „
24. Klingner	128 „		

Abgegeben wurden 468 Stimmzettel. 2 ungültig. 5 zersplittert.

*

Im Anschluß an die Delegiertenversammlung hielten die Vertrauensleute der Unabhängigen Sozialistischen Partei sowie der Linksradikalen noch Sonderversammlungen ab, in denen die den einzelnen Gruppen zugehenden Delegierten zu wählen sind. Die Unabhängigen wählten die Genossen Dittmann, Kalweit und Rieper. Genosse Düwell verzichtete mit Rücksicht auf seine Verpflichtungen in der Redaktion der „Roten Fahne" auf eine Wahl.

Die Linksradikalen entsenden als die Vertreter die Genossen Dr. Laufenberg, Uhlig und Halbe.

*

Am Montag morgen fand im Gewerkschaftshaus eine

Sitzung des Arbeiterrates

statt, die von allen 30 Delegierten besucht war.

Die Namen der Delegierten der Betriebsversammlung haben wir im Anschluß an den obigen Bericht genannt. Von der Partei waren die Genossen Gruenwaldt, Grosse und Thomas (Altona), vom Kartell die Genossen Hense, Schönberg und Hähnel delegiert. Die Unabhängige Partei hatte die Genossen Dittmann, Kalweis und Rieper, die Linke die Genossen Dr. Laufenberg, Uhlig und die Genossin Halbe delegiert.

Auf Vorschlag Dittmanns wurde ein Präsidium gewählt, in das je ein Vertreter der drei sozialistischen Parteien, ein Vertreter des Gewerkschaftskartells und drei Vertreter der Betriebsdelegierten Sitz und Stimme haben sollten. Nachdem sich die verschiedenen Richtungen unter einander verständigt hatten, besteht das Präsidium aus folgenden Genossen von der Sozialdemokratischen Partei: Grosse; von den Unabhängigen: Dittmann; von den Linksradikalen: Dr. Lauffenberg; vom Gewerkschaftskartell: Hense; von den Betriebsdelegierten: Sickert, Schnoor und Schneider. Zum Vorsitzenden des Arbeiterrats wurden die Genossen Grosse und Dr. Lauffenberg vorgeschlagen. Bei der Wahl wurden 14 Stimmen für Grosse und 16 Stimmen für Dr. Lauffenberg abgegeben.

Dr. Lauffenberg ist somit zum Vorsitzenden des Arbeiterrates gewählt worden.

Sozialpolitische Abteilung.

Zur Regelung von Streitigkeiten, die in der Durchführung der Vorschriften über Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere der achtstündigen Arbeitszeit entstehen könnten, ist eine provisorische sozialpolitische Abteilung eingerichtet worden. Die Abteilung besteht aus den Genossen Schönberg, Hense und Stuhr.

Die Abteilung hat ihren Sitz im Amerika-Haus, Ferdinandstraße.

Der Arbeiterrat,
Sozialpolitische Abteilung.

Tages-Bericht.

Montag, den 11. November.

An die Leser der „Roten Fahne".

Das Wiedererscheinen des „Echo" hat verschiedentlich Unmut und auch etwas Zersplitterung verschuldet. Besonders der Umstand, daß den Abonnenten der „Roten Fahne" ganz plötzlich das „Echo" zugestellt wurde, hat Mißstimmung erzeugt. Es haben nämlich viele Genossen, die nicht auf das „Echo" abonniert waren, die aber mit dem Erscheinen der „Roten Fahne" diese bezogen, nun zu ihrem Erstaunen das „Echo" bekommen. Selbstverständlich besteht für sie keine Verpflichtung, das „Echo" zu nehmen, sie können beanspruchen, daß ihnen die „Rote Fahne" geliefert wird. Es ergibt sich nur eine Schwierigkeit in der Zustellung. Wir werden versuchen, mit der Geschäftsleitung eine Verständigung herbeizuführen.

Da nun zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, den Linksradikalen und den Mehrheitssozialisten eine gewisse Zusammenarbeit eingeleitet worden ist, war es selbstverständlich, daß man den letzteren das „Echo" wieder überlassen mußte. Damit die treibende politische Richtung aber nicht wieder mundtot werde, wie sie vier Jahre lang gewesen ist, verständigte man sich dahin, daß die „Rote Fahne" neben dem „Echo" als eigenes Organ weiter erscheint. Sie kommt nachmittags heraus, wird vorläufig hauptsächlich im Straßenverkauf vertrieben.

Sozialdemokratische Partei und Kartell.

Genosse Gruenwaldt eröffnete die Delegiertenversammlung am Sonntag morgen im Gewerkschaftshaus mit einigen bewegten Worten über die gewaltigen Umwälzungen der letzten Tage, die in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die soziale Republik Deutschland ausklangen.

Hense schilderte die Ereignisse der letzten Tage und teilte mit, daß man sich — nach anfänglicher Ablehnung und schließlichem Ansuchen von der anderen Seite — geeinigt habe, gemeinsam zu arbeiten, auf Grundlage der Gleichberechtigung beider Richtungen, so daß die Unabhängigen und die Linksradikalen 16 Vertreter und die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften auch 6 Vertreter in den Arbeiterrat delegieren, der dann durch 18 von den Vertrauensmännern gewählten Delegierten auf 30 Personen gebracht wird. Nachdem der Redner dann die zunächst wichtigsten Aufgaben erwähnt, vor allem auf die Notwendigkeit der ungestörten Lebensmittelversorgung hingewiesen sprachen noch die Genossen Dr. Eulert, Krüger, Hartwig und Wagner, die alle die Einigkeit betonten und bei der Versammlung stürmische Zustimmung fanden.

Gewählt wurden zu Delegierten des Arbeiterrats: als Gewerkschaftsvertreter: Hense, Schönberg und Hähnel, als Parteivertreter: Gruenwaldt, Grosse und Thomas (Altona) und als deren Stellvertreter: Blume, Wiesner und Kirch (Altona).

Betriebstörung der Hochbahn. Infolge Eintretens eines Kesselschadens war der Betrieb der Hochbahn heute in den Morgenstunden mehrfach vorübergehend unregelmäßig. Der Schaden ist inzwischen behoben.

Beschlüsse und Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Soldatenrat.

Allgemeine Angelegenheiten: Der Fünfer-Ausschuß: Heise, Baumann, Rasch, Soennichsen, Molitor.

Militärische Angelegenheiten: Soennichsen, Bureauchef, Beigeordneter Jansen Tonn, Geschäftsraum Palmaille 65, part.

Verpflegung, Löhnung, Bekleidung: Stephan, Bureauchef, Fischer, Askons, Geschäftsraum Palmaille 126, I.

Wirtschaftliche Abteilung: Ziesing.

Lebensmittelversorgung: Vogel, Geschäftsraum Palmaille 126.

Waffen und Munition: Scheidle, Lürke, Geschäftsraum Palmaille 58, II.

Sicherheitsdienst: Schöner, Hamburg, Stadthaus, Borows Altona, Königstraße, Polizei-Inspektion. Wandsbeck, Jobsob, Haup polizei.

Presse-Amt: Grünefeld, Bureauchef.

F.-T.-Station: Gelbke, Seewarte, Hamburg.

Verkehrswesen: Siener, Bureauchef, Schuster, Schneid Geschäftraum Palmaille 63.

Auskunft, Organisation: Molitor, Heinemann, G schäftsraum Palmaille 63.

Verbindungsmann zwischen Arbeiter- und Soldatenra Metscher, Geschäftraum Palmaille 55.

Die Fortführung der Tätigkeit der Kriegsamtsstelle Altona z Aufrechterhaltung der Wirtschaft im 9. Armeekorps wird als unbedin erforderlich anerkannt und die ununterbrochene Weiterführung in d bisherigen Weise geschieht mit Zustimmung des Arbeiter- und So datenrats.

Altona, den 10. November 1918

Der Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg-Altonas
gez.: Thiemer. gez.: Heise.
Kriegsamtsstelle Altona.

Die Soldatenräte der einzelnen Lazarette und Krankenanstalte Hamburgs werden am Dienstag, 13. November, mittags 3 Uhr, z einer Versammlung in dem Reservelazarett Technikum, Berliner To eingeladen.

Tagesordnung: Grundlegende Entschlüsse zur Aufrechterhaltu der Ordnung, Vorgesetztenverhältnisse usw.

Für den Soldatenrat
des Marinelazaretts Hamburg
gez. Güls. gez.: Kazmienskyy.

Sämtliche Sanitätsbehörden und Lazarette haben von 8 Uh morgens ihre Geschäftsstelle geöffnet. Anfragen sind an die zuständige Sanitätsstellen in dieser Zeit direkt zu richten.

Der Aerzterat.

Die im Reservelazarett Technikum befindlichen Kunstgegenstän sind als Eigentum des Lazaretts zu betrachten. Jede gewaltsame Ent fernung wird als Plünderung aufgefaßt und bestraft.

Der Aerzterat Hamburgs.
gez.: Dr. Ernst. Friedrich Müller.

Die bisher nicht ordnungsmäßig aus den hiesigen Lazaretten entlassenen Militärpersonen, Lazarettinsassen und Personal werden au gefordert, bis spätestens Dienstag, 12. November 1918, abends 9 Uh zurückzukehren, widrigenfalls sie jeden Anspruch auf Löhnung u ärztliche Behandlung verlieren. Straffreiheit ist zugesichert.

Für den Aerzte- und Soldatenrat der Lazarette Hamburgs.
gez.: Dr. Meyer. gez.: Kazmiensky.

Bekanntmachung.

Von heute ab hat der Arbeiterrat sein Domizil nach de Amerikahaus, Ferdinandstraße, verlegt. **Der Arbeiterrat.**

Zur Regelung des Medizinalwesens hat eine Kommissio mit der Medizinalbehörde in Hamburg heute bereits Verhandlung geführt. Dieselbe Angelegenheit wird in der nächsten Zeit auch f Altona geregelt werden.

Requisitionen für militärische Zwecke

sind nur dann gültig und als solche anzuerkennen, wenn f die Unterschrift zweier Mitglieder des Fünfer-Ausschuss des Soldatenrates für Hamburg-Altona tragen.

Ueber die Bezahlung der Requisition erfolgt noch nähere Mitteilung.

gez. W. Heise. Molitor. Baumann. Rauch. Soennichsen.

Die Ruhe der Stadt ist durch die Sicherheitsmaßnahmen d Arbeiter- und Soldatenrates völlig wieder hergestellt. Die zweifel haften Elemente sind von der Straße entfernt. Der Sicherheitsdien ist Sache der Schutzmannschaft, die sich der Bewegung angeschloss hat, im Einvernehmen mit der Polizeibehörde eingerichtet. Diesel soll ihre Waffen wiedererhalten. Die Wachen sind militärisch v stärkt. Zum sofortigen Eingreifen stehen mit Maschinengewehren b waffnete Autos bereit mit starker militärischer Sicherung von I fanterie und Marine. Sie können bei größeren Ausschreitung telephonisch durch die Polizeibehörde angefordert werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
gez. Der Fünfer-Ausschuß.

Achtung! Achtung!

Mitgliederversammlung
der
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Hamburgs

Dienstag, den 12. November 1918, abends 8 Uhr, bei Sagebiel (Weißer Saal), Drehbahn.

Tagesordnung:
1. **Situationsbericht.** 2. **Diskussion.**

Vor dem Saaleingang finden Neuaufnahmen statt.

Der Vorstand der U. S. P., Hamburg.

Achtung! Linksradikale!

Montag, den 11. November, abends 8 Uhr:

Versammlung.

Musiksaal, oben im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Wahl der Vertreter in den Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Unsere Taktik und unsere Aufgaben.

Referent: **Genosse Lauffenberg.**

Neuaufnahmen am Saaleingang.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Delegierten-Versammlung
der Kriegsgefangenen aller Nationen

Dienstag, 12. November 1918,
bei **Mause**, Ecke Flachsland u. Maurienstraße.

I. Russen um 2 Uhr nachmittags,
II. Franzosen „ 3 „ „
III. Engländer „ 4 „ „
IV. Italiener „ 5 „ „

Die Gefangenenbewachung wird aufgefordert, die Gefangenen in keiner Weise am Besuch der Versammlung zu hindern.

Bis Bahnhof Barmbeck fahren.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen durchaus
tüchtigen Techniker
aus der Armaturenbranche. Ausführliche Offerten erbeten an
Indikatorenbauanstalt Lehmann & Michels
(G. m. b. H.), Hammerlandstr. 162/4.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Fröhlich in Hamburg.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Ko., Hamburg, Fehlandstr. 11.